

- 2 **Finanzkrise** Ohne Regulierung droht Stress
- 3 **Gesellschaft** Wer dauerhaft prekär lebt
- 4 **Arbeitswelt** Was in der Altenpflege schief läuft
- 6 **Altersübergang** Europäer arbeiten länger
- Ausbildungsvergütung** Eine Untergrenze muss sein
- 7 **Löhne** Europa: Gerechter mit Tarif

WOHNEN

Sozialer bauen

In deutschen Metropolen fehlen Hunderttausende bezahlbare Wohnungen. Das wirksamste Gegenmittel wäre eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus.

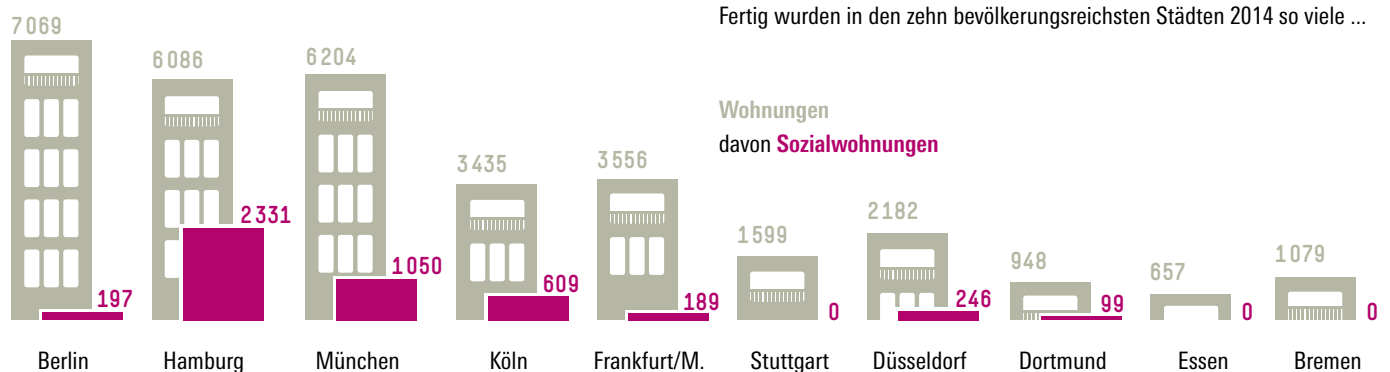
Es gibt in Deutschland fast zwei Millionen günstige Wohnungen zu wenig. Allein in den zehn größten Städten fehlen rund 880 000. Diese Lücke durch den Bau von Sozialwohnungen zu schließen, würde beim aktuellen Förderumfang 185 Jahre dauern. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Untersuchung der Stadtsoziologen Andrej Holm, Stephan Junker und Kevin Neitzel. Ein großer Bestand an dauerhaft gebundenen Sozialwohnungen – wie es ihn beispielsweise in Wien gibt – sei „das Instrument mit dem größten Potenzial“ zur Bekämpfung des Mangels an bezahlbarem Wohnraum. Schließlich erhöhe der Bau von Sozialwohnungen direkt das Wohnraumbot – während Instrumente wie Mietpreisbremse oder Wohngeld bestenfalls indirekt wirkten.

Die Förderprogramme seien trotz einer Ausweitung in den vergangenen Jahren viel zu klein dimensioniert, kritisieren Holm und seine Kollegen. Da die Wohnungsbauförderung seit Ende der 1990er-Jahre drastisch zurückgefahren wurde, gebe es einen großen Rückstand. Im Untersuchungsjahr 2014 wurden laut Studie in Deutschland gerade einmal 12 617 Wohnungen mit Sozialbindung neu ge-

baut. Auf die – besonders vom Mangel betroffenen – zehn größten Städte von Berlin bis Bremen entfielen davon 4721. Zwar hat sich der Neubau von Sozialwohnungen bis 2016 bundesweit auf rund 25 000 verdoppelt. Da aber nach meist 20 Jahren die Mietpreisbindung ausläuft, fallen ständig erschwingliche Sozialwohnungen weg: 2016 waren das mit bundesweit etwa 90 000 mehr als dreimal so viele wie neu gebaut wurden.

Nicht nur bei der Zahl der Neubauten erweist sich das bisherige Fördervolumen nach Analyse der Wissenschaftler als zu klein. Auch die abhängig von der Förderung festgeschriebenen Sozialmieten seien oft zu hoch, um für die Haushalte mit den größten Wohnproblemen bezahlbar zu sein. Als mittlere bundesweite Nettokaltmiete in einer neuen Sozialwohnung haben Holm und seine Kollegen 6,07 Euro pro Quadratmeter ermittelt, was einer Bruttowarmmiete von rund 8,70 Euro entspricht. Für Haushalte unter oder an der Armutsgrenze sei das zu viel. <

Quelle: Andrej Holm, Stephan Junker, Kevin Neitzel: Wem nutzen wohnungspolitische Maßnahmen?, Working Paper der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 93, September 2018 Download: bit.do/impuls1273



Ohne Regulierung droht Stress

Nicht wenige Experten warnen vor einer neuen Finanzkrise. Doch die Situation heute ist nicht mit der vor zehn Jahren vergleichbar. Das zeigt ein neuer Frühwarnindikator.

Vor zehn Jahren ging die Investmentbank Lehman Brothers pleite. Die Schockwellen erfassten nicht nur die Finanzmärkte. Die gesamte Wirtschaft stürzte in eine tiefe, lang andauernde Rezession. Es war der Beginn der größten Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren. Wie groß ist die Gefahr, dass sich eine solche Krise wiederholt? Und sind Ökonomen heute – anders als vor zehn Jahren – in der Lage, einen Crash besser vorherzusagen? Das IMK hat einen Indikator entwickelt, der Stress an den Finanzmärkten misst – und als Frühwarnsystem für aufkommende Gefahren dient.

Der „IMK-Finanzmarktstressindikator“ fasst 30 verschiedene gewichtete Zeitreihen von Finanzdaten wie zum Beispiel Aktienkursen, Immobilienpreisen sowie Risikoprämien von Anleihen oder Kreditausfallversicherungen zusammen. Jede einzelne dieser Variablen sei zwar für sich genommen von begrenzter Aussagekraft, schreiben die Ökonomen. Gebündelt ließen sich daraus jedoch „belastbare Aussagen für die Wahrscheinlichkeit von Finanzmarktkrisen gewinnen“. In den IMK-Finanzmarktstressindikator fließen Echtzeitdaten ein, sodass er stets ein aktuelles Bild der Lage an den Märkten liefert. Mithilfe zurückliegender Daten ist es aber auch möglich, den Stressindikator für frühere Jahre zu berechnen und so in die Vergangenheit zu blicken.

Im Rückblick fällt auf: Bereits für November 2007 zeigt der Stressindikator einen Ausschlag nach oben. „Man hätte zu jenem Zeitpunkt, wäre der Indikator seinerzeit verfügbar gewesen, zumindest größere Probleme erwarten, wenn auch noch nicht deren volles Ausmaß erfassen können“, so die Forscher. Spätestens ab Februar 2008 hätte sich dann der drohende Crash deutlich abgezeichnet. Den vorläufigen Höchststand erreichte der Stressindikator im September, dem Monat der Lehman-Pleite.

Verglichen damit befinden sich die Finanzmärkte heute „in sehr ruhigem Fahrwasser“. Es gibt keinerlei Anzeichen

für erhöhten Stress. Inwieweit aktuell niedrige Stresswerte mit einer besseren Finanzmarktüberwachung zusammenhängen, sei schwierig nachzuweisen: Zwar hätten die von Politik, Zentralbanken und Regulierungsbehörden nach der Finanzkrise ergriffenen Maßnahmen die Märkte sicherer gemacht, die Regulierung müsse aber ständig weiterentwickelt werden. Zudem seien manche der lange geplanten Regulierungsvorhaben noch nicht vollständig umgesetzt worden, in den USA wird die Regulierung teilweise sogar wieder zurückgenommen. Und in Europa kommt der Aufbau eines sicheren Finanzsystems nur schleppend voran. „Es besteht also auch zehn Jahre nach der Krise kein Anlass, sorglos zu werden“, schreiben die Ökonomen. Sollten sich erste Anzeichen für Unruhe an den Finanzmärkten zeigen, wird man diese am IMK-Stressindikator ablesen können. Er kann jederzeit wieder ausschlagen. <

Quelle: Gustav A. Horn, Thomas Theobald: 10 Jahre nach der Lehman-Insolvenz – ist nach der Finanzkrise vor der Finanzkrise oder wie unterscheidet sich die Lage von damals zu heute?, IMK Policy Brief, September 2018 Download: bit.do/impuls1275

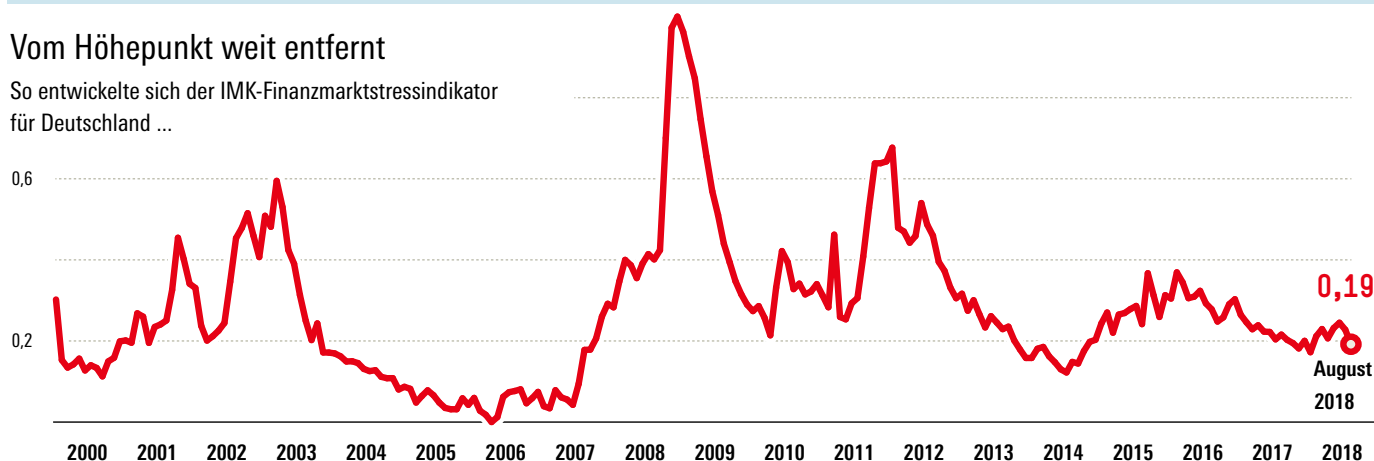
Wachstumspakete wirken langfristig

Hätte Deutschland die Finanzkrise ohne Konjunkturpakete genauso gut gemeistert? Eine Studie des IMK zeigt, dass die Konjunkturprogramme einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Krise geleistet – und darüber hinaus sogar das Wachstum der deutschen Volkswirtschaft langfristig erhöht haben. Es habe sich gezeigt, dass die Fiskalpolitik „wesentlich wirksamer ist als vor den Krisen angenommen“, schreiben die Ökonomen. In Krisenzeiten auf zusätzliche Staatsausgaben zu verzichten, sei „weder sinnvoll noch durchzuhalten“. Entscheidend sei allerdings das richtige Timing.

Quelle: Gustav Horn, Sebastian Gechert, Christoph Paetz: Konjunkturpakete versus Austeritätspolitik, Wirtschaftsdienst Sonderheft, März 2017 Download: bit.do/impuls1278

Vom Höhepunkt weit entfernt

So entwickelte sich der IMK-Finanzmarktstressindikator für Deutschland ...



Quelle: IMK 2018 Grafik zum Download: bit.do/impuls1276 Daten: bit.do/impuls1277

Hans Böckler
Stiftung

Wer dauerhaft prekär lebt

Wie groß ist das Prekariat? Eine Studie zeigt: In der Erwerbsbevölkerung lebt ein Achtel dauerhaft in prekären Umständen.

Der Begriff Prekariat war jahrelang in aller Munde. Dennoch existiert bis heute keine allgemeinverbindliche Definition. Klar ist immerhin: Gemeint ist eine Gruppe, die zwischen der sozial abgesicherten Mehrheit der Erwerbstätigen und den beinahe gänzlich aus dem Erwerbsleben Ausgeschlossenen, etwa Langzeitarbeitslosen, steht. Sie strampelt sich in wechselnden, schlecht bezahlten Jobs ab, ohne auf einen grünen Zweig zu kommen. Aber lebt jeder befristet Beschäftigte, Leiharbeiter, Minijobber oder mit geringem Einkommen Selbstständige automatisch in prekären Umständen? Nein, sagt ein Forschungsteam um Jutta Allmendinger vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und Markus Promberger von der Universität Erlangen-Nürnberg in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie. Wenn jemand beispielsweise vorübergehend prekär beschäftigt ist, jedoch in einem relativ wohlhabenden Haushalt lebt, könne man zwar von einer prekären Erwerbssituation, jedoch nicht von prekären Lebensumständen sprechen. Dazu müssen verschiedene Faktoren für einen längeren Zeitraum zusammentreffen.

Die Forscher haben eine Reihe sozialer Indikatoren zusammengestellt, die als Indizien für ein prekäres Leben dienen können. Diese beziehen sich zum einen auf das Erwerbsleben, darin enthalten sind etwa Niedriglohn, ein unsicherer Job oder fehlender Kündigungsschutz. Zum anderen geht es um den Haushaltskontext: Armut, beengte Wohnverhältnisse oder auch Überschuldung. Von einer „prekären Beschäftigungsepisode“ sprechen die Wissenschaftler, wenn wenigstens zwei der auf den Arbeitsmarkt bezogenen Negativkriterien erfüllt sind. Nach dem gleichen Muster bestimmen sie „prekäre Haushaltsepisoden“. Dies sei ein „konservatives Messverfahren, das erst bei einem deutlicheren Problemumfang“ anschlage.

Anhand repräsentativer Befragungsdaten aus dem Sozio-oekonomischen Panel haben die Forscher berechnet, wie groß die Gruppe ist, die längerfristig sowohl von prekärer Beschäftigung als auch von einer prekären Haushaltssituation betroffen ist. Der Kalkulation liegen die Angaben von fast 10 000 Personen zugrunde, die in einem Beobachtungszeitraum von zehn Jahren mindestens einmal erwerbstätig waren. Der Untersuchungszeitraum reicht von 1993 bis 2012 und wird in zwei Perioden unterteilt. Ergebnis: 12,3 Prozent der Erwerbsbevölkerung waren in einem Zehnjahreszeitraum überwiegend prekär beschäftigt und mussten sich anhaltend mit einer ebensolchen Haushaltssituation arrangieren.

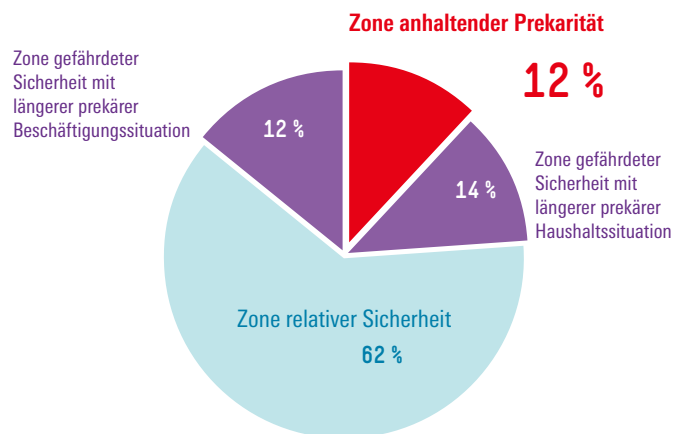
Mit 6,7 Prozent bilden Frauen im Haupterwerbsalter, die meistens Kinder und mal keinen, mal einen schlechten Job haben, die größte Teilgruppe. Die zweitgrößte Gruppe besteht aus „Vätern in anhaltend prekärer Lage“, denen es selbst bei dauerhafter Erwerbstätigkeit nicht gelingt, „gemeinsam mit der Partnerin die Familie sicher zu versorgen“. Das sind 4,3 Prozent der Erwerbstätigen. Weitere

1,3 Prozent entfallen auf junge Männer ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Allen drei Gruppen gelingt im Beobachtungszeitraum unter den jeweiligen sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen keine nennenswerte Verbesserung ihrer prekären Lebens- und Erwerbsumstände. Man könne diese soziale Gruppe „mit einigem Recht als Prekariat bezeichnen“, so die Wissenschaftler.

Die Politik sei gut beraten, resümieren die Forscher, sich mit dem Phänomen des Prekariats intensiver auseinanderzusetzen, das in der zahlenmäßigen Größenordnung dem Problem des Hartz-IV-Bezugs ähnelt, sich jedoch substantiell hiervon unterscheidet, vor allem im Hinblick auf die ausgeprägte Erwerbsnähe und Erwerbsbeteiligung. Der Mindestlohn sei für diese Gruppe eminent wichtig, könne aber das Problem nicht alleine lösen. Nachzudenken sei auch über eine „solidarische Lohn- und Steuerpolitik mit Umverteilungskomponenten in Richtung von Geringverdienern“ und ihren Haushalten. Außerdem gebe es Potential für arbeitsrechtliche Reformen: Einschränkung von Befristungen, Regeln für Leiharbeit und Werkverträge, leichter Zugang zum Arbeitslosengeld für Menschen mit regelmäßigen Erwerbsunterbrechungen. <

Jeder Achte zählt zum Prekariat

Erwerbstätige befinden sich in der ...



Quelle: Promberger u. a. 2018 Grafik zum Download: bit.do/impuls1280

Hans Böckler Stiftung

Quellen: Markus Promberger u. a.: Existiert ein verfestigtes „Prekariat“? Working Paper der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 85, September 2018

Download: bit.do/impuls1279

Stefan Stuth u. a.: Prekarität in Deutschland?! WZB Discussion Paper 2018-004, Juli 2018

Download: bit.do/impuls1281

Jutta Allmendinger u. a.: Prekäre Beschäftigung und unsichere Haushaltssituationen im Lebensverlauf: Gibt es in Deutschland ein verfestigtes Prekariat?, WSI-Mitteilungen 71, August 2018

Download: bit.do/impuls1282

Was in der Altenpflege schief läuft

Ähnlich wie in Deutschland ist bei den Arbeitsbedingungen von Altenpflegekräften in Japan und Schweden noch viel Luft nach oben. Manches funktioniert dort allerdings besser.

Die Altenpflege wird angesichts des demografischen Wandels in den Industriestaaten immer wichtiger. Ein Best-Practice-Beispiel, das gute Leistungen für Pflegebedürftige, gute Arbeitsbedingungen für Pflegenden und eine gesicherte Finanzierung zusammenbringt, gibt es bislang in keinem Land. Interessante Unterschiede dagegen schon. Das zeigt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie der Sozialwissenschaftlerin Hildegard Theobald von der Universität Vechta, die die Situation in Deutschland, Schweden und Japan vergleicht. Zeitdruck, Erschöpfung und prekäre Arbeitsverhältnisse sind demnach unter den Pflegekräften in allen drei Ländern verbreitet. Schweden tut sich immerhin durch eine umfassende Qualifizierungsstrategie hervor. In Japan ist der Männeranteil in der stationären Versorgung vergleichsweise hoch. Deutschland verfügt im Ländervergleich über ein relativ hohes Qualifikationsniveau in der ambulanten Pflege, während die stationären Einrichtungen in dieser Hinsicht schlecht dastehen. Außerdem haben es Beschäftigte mit Migrationshintergrund hierzulande besonders schwer.

Ein gemeinsames Merkmal der Entwicklung in den drei Ländern ist laut Theobald die Etablierung eines universellen Pflegesystems, das das Pflegerisiko für die Gesamtbevölkerung sozial absichert. Die Schweden waren hier seit den 1960er-Jahren Vorreiter, Deutschland und Japan zogen in den 1990er-Jahren nach. Als eine weitere Gemeinsamkeit nennt die Autorin die „marktorientierte Restrukturierung“ der Altenpflege: In den vergangenen beiden Jahrzehnten wurde Konkurrenz zwischen Anbietern gefördert, Managementtechniken der Privatwirtschaft wurden übernommen, die Finanzierung wurde umgestellt auf festgelegte Preise für klar definierte Dienstleistungen – und zunehmend restriktiv.

Wie sich vor diesem Hintergrund die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte in Deutschland, Japan und Schweden darstellen, hat Theobald anhand von Befragungsdaten aus den Jahren 2005 bis 2012 erfasst, die sich auf insgesamt etwa 2500 Beschäftigte beziehen. Zusätzlich hat sie in ihrer Untersuchung Ergebnisse der amtlichen Statistik berücksichtigt.

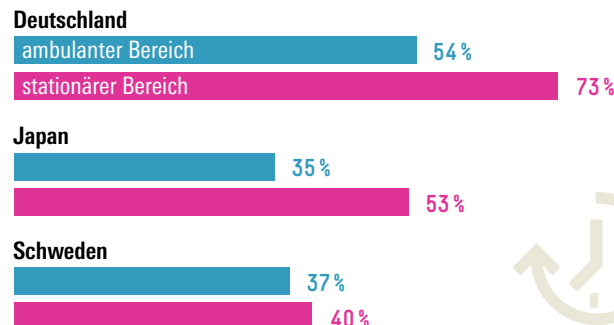
Der Auswertung zufolge ist atypische Beschäftigung länderübergreifend weit verbreitet: Der Anteil der Teilzeitjobs in der ambulanten Pflege liegt in Japan und Schweden bei etwa 60 Prozent, in Deutschland bei über 70 Prozent. Prekäre Beschäftigungsformen – worunter die Forscherin Minijobs oder stundenweise Beschäftigung versteht – machen im ambulanten Sektor in Deutschland unabhängig vom Träger etwa ein Fünftel aus. Vor allem Helferinnen und Ungelernte sind betroffen. In Schweden schwankt der Anteil zwischen 15 Prozent bei den öffentlichen Dienstleistern und 34 Prozent bei den privaten Konkurrenten. In der stationären Pflege gibt es etwas mehr Normalarbeit: Zwischen 40 und

50 Prozent der Beschäftigten in Deutschland und Schweden arbeiten in Vollzeit. In Japan sind es 93 Prozent – was laut Theobald auch daran liegen dürfte, dass in diesem Bereich bis heute nur öffentliche und gemeinnützige Anbieter zugelassen sind.

Was die Qualifikation angeht, sei in allen Ländern eine zwei- bis dreijährige Berufsausbildung die Regel, schreibt die Wissenschaftlerin. Zusätzlich gebe es jeweils ausgebildete Pflegehelfer sowie ungelernte Kräfte. Im ambulanten Sektor ist der Studie zufolge das Qualifikationsniveau in Deutschland am höchsten, wo 53 Prozent der Beschäftigten eine dreijährige Ausbildung als Kranken- oder Altenpflegefachkraft absolviert haben. Im stationären Bereich liegt Deutschland dagegen mit einem Anteil von 33 Prozent hinten. Ein Viertel der dort Beschäftigten empfindet die eigene Ausbildung als inadäquat. Wesentlich günstiger ist die

Stressige Pflege

Unter regelmäßigem Zeitdruck leiden von den Beschäftigten in der Altenpflege in ...



Quelle: Theobald 2018 Grafik zum Download: bit.do/impuls1283

Hans Böckler
Stiftung

Situation in Schweden, wo in den Pflegeheimen zu zwei Dritteln Fachkräfte arbeiten und sich nur elf Prozent für unzureichend qualifiziert halten. Die japanische Altenpflege zeichnet sich nach Theobalds Einschätzung generell durch eine „begrenzte Professionalisierung“ aus. Im ambulanten Bereich beklagen 26 Prozent der Beschäftigten Ausbildungsdefizite, im stationären Bereich 44 Prozent.

Belastend ist die Pflege alter Menschen in allen drei Ländern: Von regelmäßigem Zeitdruck berichten 54 Prozent der ambulanten Pflegekräfte in Deutschland, 35 Prozent in Japan und 37 Prozent in Schweden. Wöchentlich Überstunden fallen bei 52 Prozent der Deutschen, 28 Prozent der Japaner und 13 Prozent der Schweden an. Noch schlimmer sieht es im stationären Bereich aus: Zeitdruck ist hier bei 73 Prozent der Deutschen, 53 Prozent der Japaner und 40 Prozent der Schweden an der Tagesordnung. Als Erklärung ver-

weist die Forscherin auf festgelegte Aufgabenkomplexe in engen Zeitkorridoren und dünne Personaldecken.

Auch körperliche Belastungen sind international ein Problem: Täglich schwere Dinge oder Personen bewegen müssen im ambulanten Sektor in Deutschland und Schweden 40 bis 50 Prozent der Beschäftigten, im stationären Sektor 60 bis 70 Prozent. In Japan sind es in der ambulanten Pflege, die dort vor allem Haushaltstätigkeiten umfasst, 18 Prozent sowie 81 Prozent in den Heimen. Fast immer körperlich erschöpft sind nach einem Arbeitstag in der ambulanten Pflege 46 Prozent der deutschen Befragten sowie etwa 60 Prozent der Schweden und Japaner. Von den Beschäftigten in Pflegeheimen haben in Deutschland und Schweden 70 Prozent mit körperlicher Erschöpfung zu kämpfen, in Japan mehr als 80 Prozent.

Bei den Arbeitsinhalten dominiert länderübergreifend die Grundpflege. Haushaltstätigkeiten spielen in der ambulanten Versorgung in Japan und Schweden eine größere Rolle als in Deutschland, wo die Pflegeversicherung solche Dienstleistungen nur begrenzt abdeckt. Behandlungspflege wie das Verabreichen von Injektionen gehört dagegen in Deutschland bei 62 Prozent der ambulanten Pflegekräfte zum Aufgabenspektrum, in Schweden bei 36 Prozent, in Japan gar nicht. Dort gibt es spezialisierte medizinische Dienstleister für solche Tätigkeiten. Im stationären Bereich sind die Unterschiede geringer. Die Arbeitsautonomie ist in den schwedischen Pflegeheimen und in der ambulanten Pflege in Deutschland am stärksten ausgeprägt, wo jeweils 40 bis 50 Prozent der Beschäftigten Gestaltungsspielräume haben. In Japan sind es in beiden Bereichen nur 15 bis 20 Prozent. Auch der Anteil derjenigen, die ihre Arbeit als interessant oder bedeutsam wahrnehmen, ist in Japan am geringsten.

Wenn es darum geht, die Entwicklung der Arbeitsbedingungen zu bewerten, fällt die Einschätzung im ambulanten Bereich hierzulande vergleichsweise positiv aus. Im stationären Bereich in Deutschland und in beiden Sektoren in Schweden sehen 40 bis 50 Prozent der Befragten hauptsächlich eine Verschlechterung. In Japan können die meisten keine Veränderung erkennen. Die Tendenz, den Job zu wechseln, ist überall stark ausgeprägt: Der Anteil der Wechselwilligen reicht von 30 Prozent in der ambulanten Pflege in Deutschland bis zu 56 Prozent in den japanischen Pflegeheimen.

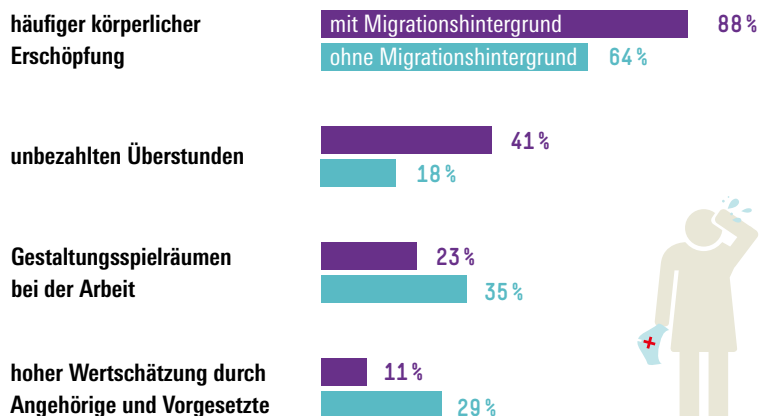
Beschäftigte mit Migrationshintergrund spielen in Japan mit einem Anteil von 0,5 Prozent kaum eine Rolle, in Deutschland und Schweden beträgt der Anteil jeweils 14 Prozent im stationären und 11 Prozent im ambulanten Sektor. Dabei gibt es in beiden Ländern keine Hinweise auf Benachteiligungen bei der Qualifikation und den Arbeitszeitarrangements. Bei den sonstigen Arbeitsbedingungen sind in Deutschland dagegen deutliche Unterschiede erkennbar: Unbezahlte Überstunden machen 41 Prozent der Migranten und 18 Prozent der anderen Beschäftigten. Noch schlechter sieht es bei den Ungelernten aus. Gestaltungsspielräume haben 23 Prozent der Pflegekräfte mit Migrati-

onshintergrund und 35 Prozent der einheimischen Kollegen. Häufig körperlich erschöpft sind 88 im Vergleich zu 64 Prozent. Zudem erfahren Migranten weniger Wertschätzung von den Familien und Vorgesetzten. Von ausländerfeindlichen Kommentaren sind 15 Prozent betroffen.

Der Frauenanteil in der Altenpflege beträgt fast überall mehr als 90 Prozent. Die einzige Ausnahme stellt der stationäre Bereich in Japan dar, wo 35 Prozent der Beschäftigten junge Männer sind. Die Arbeitsbedingungen dort sind

Nachteil Migrationshintergrund

Beschäftigte in deutschen Pflegeheimen berichten von ...



Quelle: Theobald 2018 Grafik zum Download: bit.do/impuls1284

Hans Bockler Stiftung

insofern typisch „männlich“, als es fast nur Vollzeitjobs gibt. Auch das Qualifikationsniveau ist höher als im ambulanten Bereich. Das Gleiche gilt allerdings auch für die körperlichen und seelischen Belastungen.

Mit Blick auf die deutsche Altenpflege hat Theobald aus ihrer Analyse mehrere Handlungsempfehlungen abgeleitet. Zum einen plädiert sie dafür, dass ähnlich wie in Schweden grundsätzlich alle Pflegekräfte eine Ausbildung erhalten sollten. Berufsbegleitende Angebote wären dabei essenziell. Um zumindest den hohen Anteil an zeitlich wenig umfangreichen bis hin zu geringfügigen Teilzeittätigkeiten zu verringern, seien familienfreundliche, flexible Vollzeit- oder umfangreiche Teilzeitarrangements und eine bessere Kinderbetreuung notwendig. Um den Zeitdruck zu lindern, müssten vor allem Personalengpässe beseitigt werden. Die deutliche Benachteiligung von insbesondere ungelerten Migranten im Arbeitsalltag mache es erforderlich, dass Arbeitgeber und Interessenvertreter auch auf Betriebsebene aktiv werden. Dass der Pflegeberuf auch für Männer attraktiv werden kann, wenn sozial abgesicherte Vollzeit die Norm ist, zeige der stationäre Sektor in Japan. Allerdings werde an diesem Beispiel auch deutlich, dass Normalarbeit allein kein Garant für hohe Arbeitszufriedenheit ist. Zusätzlich brauche es unter anderem eine adäquate Ausbildung, ausreichend Personal und Gestaltungsspielräume für die Beschäftigten.

Quelle: Hildegard Theobald (unter Mitarbeit von Holger Andreas Leidig): Pflegearbeit in Deutschland, Japan und Schweden, Study der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 383, August 2018
Download: bit.do/impuls1285

Europäer arbeiten länger

Die Erwerbsbeteiligung Älterer steigt europaweit, besonders stark in Deutschland. Aber es fehlt an altersgerechten Arbeitsbedingungen.

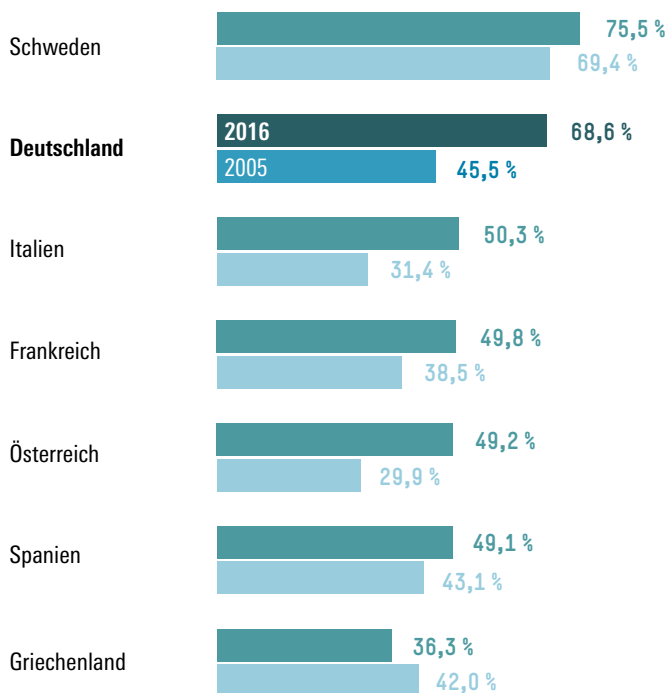
Ein immer größerer Teil älterer Menschen in der EU ist erwerbstätig. In Deutschland stieg die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen zwischen 2005 und 2016 um rund 23 Prozentpunkte – stärker als in jedem anderen EU-Land. Insgesamt sind hierzulande knapp 70 Prozent der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig. Zu diesem Ergebnis kommen Martin Brüssig und Arthur Kaboth vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie.

Die Erwerbstätigkeit von Älteren ist in allen EU-Ländern deutlich gestiegen. Lediglich in Griechenland gab es einen Rückgang. Das Land war 2016 zugleich Schlusslicht in Europa mit einer Alterserwerbsbeteiligung von insgesamt rund 36 Prozent. Auf die höchste Quote kam Schweden mit mehr als 75 Prozent. Große Unterschiede zeigen sich europaweit zwischen Männern und Frauen: Die Alterserwerbsbeteiligung von Männern ist in der Regel höher als die der Frauen. Die stärkeren Zuwächse waren zuletzt allerdings bei den Frauen zu beobachten.

Bei der Gestaltung altersgerechter Arbeitsbedingungen und der sozialstaatlichen Absicherung älterer Beschäftigter sehen die Studienautoren große Defizite, auch in Deutschland: „Wir wissen aus unserer Forschung, dass sich gleichzeitig die soziale Ungleichheit beim Altersübergang vergrößert hat. Ein guter Teil der älteren Erwerbstätigen hangelt sich über Phasen von prekärer Teilzeitbeschäftigung oder

Mehr Ältere im Job

Die Erwerbstätigenquote bei 55- bis 64-Jährigen betrug in ...



Quelle: Eurostat 2018

Grafik zum Download: bit.do/impuls1286 Daten: bit.do/impuls1287

Hans Böckler
Stiftung

Arbeitslosigkeit in Richtung Rente.“ Davon betroffen sind vor allem Menschen, die in körperlich anspruchsvollen Berufen arbeiten oder unter gesundheitlichen Einschränkungen leiden. Für Menschen, die zu krank für die Arbeit und zu gesund für die Rente sind, müsse es „passgenaue Lösungen“ geben, fordern die Forscher. <

Quelle: Arthur Kaboth, Martin Brüssig: Alterserwerbsbeteiligung in Europa auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise im Aufschwung? Altersübergangsreport 01/2018
Download: bit.do/impuls1288

AUSBILDUNGSVERGÜTUNG

Eine Untergrenze muss sein

Bei den in Tarifverträgen vereinbarten Ausbildungsvergütungen gibt es erhebliche regionale Unterschiede: Im Kfz-Handwerk erhalten Azubis in Baden-Württemberg im dritten Lehrjahr 956 Euro, in Brandenburg werden nur 660 Euro gezahlt. Die Auszubildenden im Bauhauptgewerbe verdienen im dritten Jahr 1475 Euro im Westen, im Osten 1190 Euro. Neben den Unterschieden zwischen West und Ost lässt sich in einigen Branchen auch ein Nord-Süd-Gefälle beobachten. Das

zeigt ein Vergleich von 16 Branchen aus dem Tarifarchiv des WSI.

Ungeachtet der regionalen Unterschiede gilt: Wenn ein Betrieb nach Tarif bezahlt, sind Auszubildende in der Regel besser dran. „In der wachsenden Anzahl nicht-tarifgebundener Betriebe werden häufig deutlich niedrigere Vergütungen gezahlt“, erklärt Thorsten Schulten, Leiter des WSI-Tarifarchivs. Nach dem Berufsbildungsgesetz haben Auszubildende zwar ein Anrecht auf eine „angemessene Vergü-

tung“. Nach gültiger Rechtsprechung soll sich diese an den Tarifverträgen orientieren und darf deren Niveau nicht um mehr als 20 Prozent unterschreiten. Doch die Angemessenheit einer bestimmten Vergütung ist in Betrieben ohne Tarif kaum transparent. „Deshalb ist neben einer generellen Stärkung der Tarifbindung die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung einer gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung sinnvoll“, so Schulten. <

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Juli 2018 bit.do/impuls1289

Europa: Gerechter mit Tarif

Die Löhne in Europa steigen real nur moderat. Ein wichtiger Grund ist die unzureichende Tarifbindung.

Die gute Konjunktur lässt die Löhne in der EU nominal wieder stärker wachsen. Doch weil gleichzeitig die Inflation von einem extrem niedrigen auf ein normales Niveau zurückgekehrt ist, bleibt davon in etlichen Ländern preisbereinigt nicht viel übrig. 2017 legten die realen Effektivlöhne im EU-Schnitt nur um 0,4 Prozent zu, in neun von 28 EU-Ländern sanken sie sogar. Im laufenden Jahr dürften sie um durchschnittlich ein Prozent steigen, leichte Verluste werden noch in Spanien und Kroatien erwartet. Das zeigt der Europäische Tarifbericht des WSI. Deutschland liegt mit einem Reallohnzuwachs von 0,9 Prozent 2017 und prognostizierten 1,5 Prozent 2018 deutlich über dem europäischen Durchschnitt, angesichts des stabilen Aufschwungs und der relativ niedrigen Arbeitslosigkeit fällt das inflationsbereinigte Plus aber auch hier moderat aus. Zudem ist der Niedriglohnsektor weiterhin groß, von soliden Zuwächsen bei den Tariflöhnen kommt dort mangels Tarifbindung nur ein Teil an.

„Die Lohnspreizung ist einer der wesentlichen Einflussfaktoren für die gesamtgesellschaftliche Ungleichheit“, so die Forscher. Dazu kommen Veränderungen in der Lohnquote. Besonders stark sank der Anteil der Löhne an den Gesamteinkommen unter anderem in Zypern, Finnland, Portugal oder Spanien, wo sich eine Mischung aus Sparpolitik und Deregulierung bei der Lohnfindung auswirkte.

„Dabei sind es gerade die umverteilenden Wirkungen starker Tarifvertragsinstitutionen, die durch eine Erhöhung der Lohnquote und eine Reduzierung der Lohnspreizung eine inklusive Wirtschaftsentwicklung unterstützen können“, erklären Lübker und Schulten. Ein balanciertes Wachstum mit starker binnenwirtschaftlicher Komponente sei nicht nur mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa wichtig: „Eine weitere Zunahme der europäischen Leistungsbilanzüberschüsse und eine damit einhergehende Abhängigkeit vom Weltmarkt ist angesichts

der drohenden Handelskonflikte insbesondere mit den USA mit großen Risiken behaftet.“

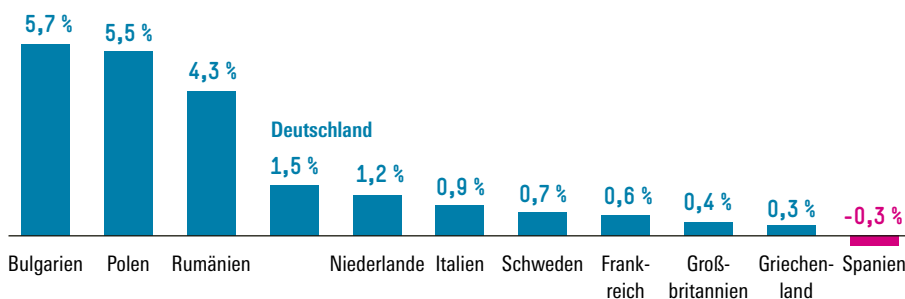
Aktuell hält in zahlreichen europäischen Ländern die Lohnentwicklung mit der Konjunktur und der anziehenden Inflation nur mühsam Schritt. Zwar prognostiziert die EU-Kommission, dass sich die nominalen Lohnzuwächse 2018 in 22 von 28 Staaten beschleunigen. Doch der neutrale Verteilungsspielraum, der sich aus der Summe von Inflation und Produktivitätszunahme ergibt, wird in immerhin zwölf Ländern nicht ausgeschöpft, so die WSI-Untersuchung. 2017 traf das sogar auf 17 EU-Staaten zu. Deutschland steht hier besser da: 2015 und 2016 war die Verteilungsbilanz aus Arbeitnehmer-sicht deutlich positiv, 2017 und wohl auch 2018 wird der Verteilungsspielraum ebenfalls ausgeschöpft.

Größer als in den meisten anderen nord- und westeuropäischen Staaten ist in der Bundesrepublik allerdings der Abstand zwischen niedrigen und mittleren Löhnen. Darin spiegelt sich laut WSI „die trotz Einführung des Mindestlohns weiterhin große Bedeutung des Niedriglohnsektors in Deutschland wider“. Zu einem Niedriglohn arbeiteten 2016 nach OECD-Daten 18,9 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland – das ist nach Irland mit 22,5 Prozent und Großbritannien mit 19,3 Prozent der dritthöchste Wert in Westeuropa und deutlich mehr als beispielsweise in Finnland mit 7,1 Prozent oder Belgien mit 4,6 Prozent.

Quelle: Malte Lübker, Thorsten Schulten: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2017/2018: Lohnentwicklung und Ungleichheitsdynamiken, WSI-Report Nr. 42, September 2018
Download: bit.do/impuls1292

Durchwachsenes Wachstum

So entwickeln sich die Reallöhne 2018 in ...



Quelle: WSI 2018 Grafik zum Download: bit.do/impuls1290 Daten: bit.do/impuls1291

Hans Bökler
Stiftung

Um europaweit auf einen „nachhaltigen und inklusiven Wachstumspfad zu kommen und die Ungleichheit zu bekämpfen“, sei eine höhere Reichweite von Tarifverträgen unerlässlich, schreiben die WSI-Forscher Malte Lübker und Thorsten Schulten. Länder mit geringer Lohnungleichheit – etwa Schweden, Belgien, Finnland und Dänemark – erreichen dies nach Analyse der Experten durch eine hohe Tarifbindung und starke Zentralisierung der Tarifverhandlungen. Deutlich ungleicher sind die Löhne in Osteuropa, wo vergleichbare Institutionen für kollektive Lohnverhandlungen fehlen. In Rumänien, Bulgarien und Lettland sind die Löhne der Besserverdienenden mindestens viermal so hoch wie die der Geringverdiener, verglichen mit einem Verhältnis von 2,3 in Schweden. Deutschland lag im Jahr 2016 nach OECD-Angaben mit einem Wert von 3,3 im europäischen Mittelfeld.

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0
Verantwortlich: Michael Guggemos, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen
Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann
redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

GENDER

Mütter für kurze Elternzeit bestraft

Mütter mit lediglich zwei Monaten Elternzeit werden deutlich seltener zum Vorstellungsgespräch eingeladen als Frauen, die ein Jahr Elternzeit genommen haben. Das zeigt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin. Dieser Befund sei ernüchternd, schreibt die Autorin der Studie. Frauen, die nur kurz in Elternzeit gehen, würden als „Rabenmütter“ wahrgenommen. Sie gelten im Vergleich zu Frauen, die ein Jahr Elternzeit genommen haben, als zu ehrgeizig und egoistisch. Bei Männern beeinflusst die Dauer der Elternzeit ihre Chancen nicht. <

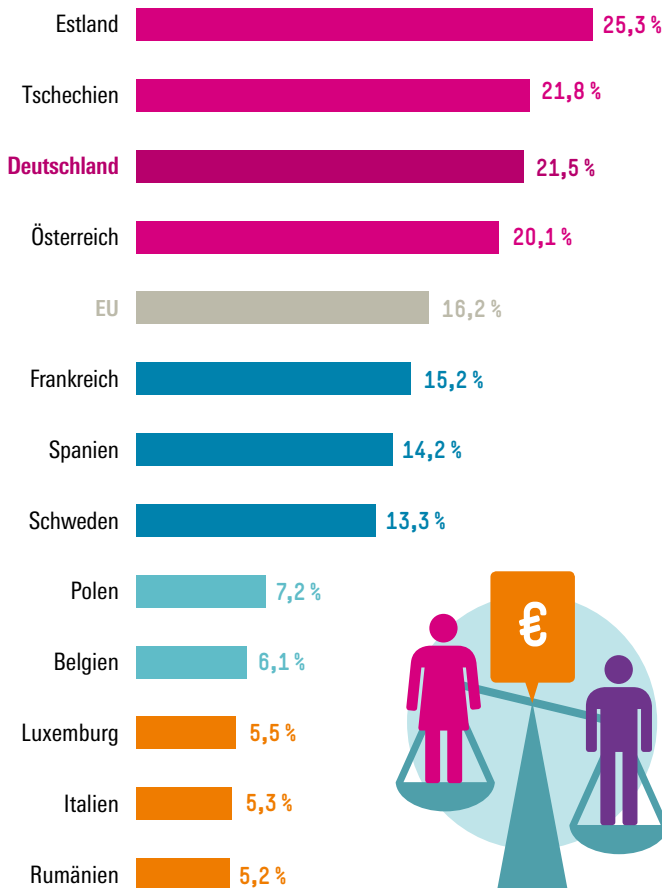
Quelle: WZB, September 2018 bit.do/impuls1296

Hans Böckler
Stiftung

LÖHNE

Frauen in Deutschland stark benachteiligt

Der Gender Pay Gap betrug 2016 in ...



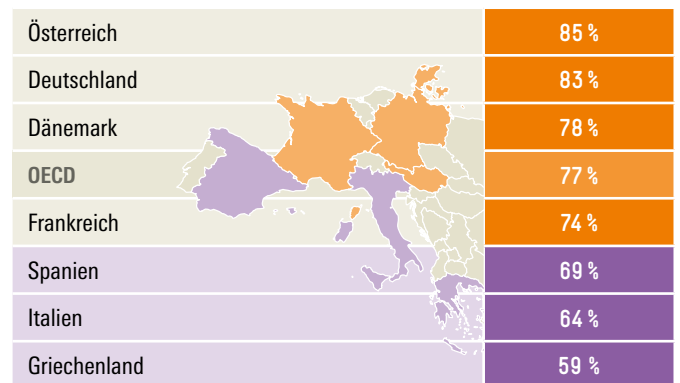
Quelle: Eurostat, August 2018 bit.do/impuls1294

Hans Böckler
Stiftung

EUROPA

Schlechte Aussichten für Südeuropäer

Beschäftigt waren von den 25- bis 34-Jährigen mit mittlerer Qualifikation 2017 in ...



Quelle: OECD, September 2018 bit.do/impuls1295

Hans Böckler
Stiftung

EINKOMMEN

Deutlicher Zuwachs bei Tariflöhnen

Die Tariflöhne sind in diesem Jahr um durchschnittlich 3,1 Prozent gestiegen. Das zeigt die Halbjahresbilanz aus dem Tarifarchiv des WSI. Die Tarifierhöhungen fallen damit deutlich stärker aus als in den beiden Vorjahren, in denen sie jeweils 2,4 Prozent betragen haben. Bei einem durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise von 1,7 Prozent ergibt sich ein Reallohnzuwachs von 1,4 Prozent. Berücksichtigt sind die im ersten Halbjahr 2018 abgeschlossenen Tarifverträge und die in den Vorjahren für dieses Jahr bereits vereinbarten Tarifierhöhungen. <

So stark stiegen die Tariflöhne in der Branche ...



Quelle: WSI, August 2018 bit.do/impuls1293

Hans Böckler
Stiftung